

**Art. 2** - Artikel 99 des Zivilgesetzbuches, aufgehoben durch das Gesetz vom 15. Juli 1970, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

«Art. 99 - Wenn der Standesbeamte einen materiellen Irrtum auf der Grundlage anderer authentischer Urkunden oder offizieller Bescheinigungen feststellt, kann er nach günstiger Stellungnahme des Prokurators des Königs diesen materiellen Irrtum am Rand der Personenstandsurkunde, deren Inhaber er ist, berichtigen, indem er eine Randnotiz mit Angabe des Datums, seiner Unterschrift in Rot und des Datums der günstigen Stellungnahme des Prokurators des Königs anbringt.

Der Prokurator des Königs gibt seine Stellungnahme binnen sechzig Tagen nach Erhalt des Antrags ab.

Wenn nach der günstigen Stellungnahme des Prokurators des Königs diese Anpassung die Änderung anderer Urkunden hinsichtlich derselben Person erfordert, muss diese Anpassung auch angebracht werden.

Wenn diese Anpassung von einem anderen Standesbeamten angebracht werden muss, ist der erste betroffene Standesbeamte verpflichtet, die anderen zuständigen Beamten darüber zu informieren, indem er ihnen die günstige Stellungnahme des Prokurators des Königs zusendet.

Jeder andere betroffene Standesbeamte muss dem Prokurator des Königs seines Zuständigkeitsbereichs eine Kopie der Änderungen, die er anbringt, sowie die ursprüngliche Stellungnahme des Prokurators des Königs vorlegen.»

**Art. 3** - Artikel 100 desselben Gesetzbuches, aufgehoben durch das Gesetz vom 15. Juli 1970, wird mit folgendem Wortlaut wieder aufgenommen:

«Art. 100 - Die materiellen Irrtümer, die gemäß Artikel 99 Gegenstand einer Berichtigung durch den Standesbeamten sein können, betreffen:

- Tippfehler in den Namen, Vornamen und Adressen,
- Irrtümer bezüglich eines Geburtsdatums oder Sterbedatums in einer Urkunde, wenn in einer Geburtsbescheinigung oder Todesbescheinigung ein anderes Datum vermerkt ist,
- Irrtümer bezüglich eines Eheschließungsdatums,
- Irrtümer bezüglich des in der Urkunde erwähnten Standesbeamten,
- Irrtümer bezüglich des Datums, an dem die Urkunde erstellt worden ist,
- Irrtümer bezüglich des Personenstands, wenn dieser sich auf der Grundlage anderer Urkunden als ein anderer erweist.»

**Art. 4** - Artikel 1383 des Gerichtsgesetzbuches wird wie folgt ergänzt:

«, außer wenn die Berichtigung auf den Artikeln 99 und 100 des Zivilgesetzbuches beruht.»

**Art. 5** - In Artikel 1385 desselben Gesetzbuches werden zwischen den Wörtern «In der Urkunde darf keinerlei Berichtigung oder Abänderung angebracht werden» und den Wörtern; «der Tenor der Urteile» die Wörter , «außer wenn die Berichtigung auf den Artikeln 99 und 100 des Zivilgesetzbuches beruht» eingefügt.

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Brüssel, den 15. Mai 2007

## ALBERT

Von Königs wegen:

Die Vizepremierministerin und Ministerin der Justiz

Frau L. ONKELINX

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz

Frau L. ONKELINX

### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 1620

[C — 2008/00390]

**23 MEI 2007.** — Wet tot wijziging van een aantal wetten betreffende de dotaties aan het Rekenhof, de federale Ombudsmannen, de Benoemingscommissies voor het notariaat en de Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer. — Duitse vertaling

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van de wet van 23 mei 2007 tot wijziging van een aantal wetten betreffende de dotaties aan het Rekenhof, de federale Ombudsmannen, de Benoemingscommissies voor het notariaat en de Commissie voor de bescherming van de persoonlijke levenssfeer (*Belgisch Staatsblad* van 20 juni 2007).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 1620

[C — 2008/00390]

**23 MAI 2007.** — Loi modifiant certaines lois relatives aux dotations allouées à la Cour des comptes, aux Médiateurs fédéraux, aux Commissions de nomination pour le notariat et à la Commission de la protection de la vie privée. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de la loi du 23 mai 2007 modifiant certaines lois relatives aux dotations allouées à la Cour des comptes, aux Médiateurs fédéraux, aux Commissions de nomination pour le notariat et à la Commission de la protection de la vie privée (*Moniteur belge* du 20 juin 2007).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 1620

[C – 2008/00390]

**23. MAI 2007 — Gesetz zur Abänderung bestimmter Gesetze mit Bezug auf die Dotationen, die dem Rechnungshof, den föderalen Ombudsmännern, den Ernennungskommissionen für das Notariatswesen und dem Ausschuss für den Schutz des Privatlebens gewährt werden — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Gesetzes vom 23. Mai 2007 zur Abänderung bestimmter Gesetze mit Bezug auf die Dotationen, die dem Rechnungshof, den föderalen Ombudsmännern, den Ernennungskommissionen für das Notariatswesen und dem Ausschuss für den Schutz des Privatlebens gewährt werden.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmedy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST HAUSHALT UND GESCHÄFTSFÜHRUNGSKONTROLLE

**23. MAI 2007 — Gesetz zur Abänderung bestimmter Gesetze mit Bezug auf die Dotationen, die dem Rechnungshof, den föderalen Ombudsmännern, den Ernennungskommissionen für das Notariatswesen und dem Ausschuss für den Schutz des Privatlebens gewährt werden**

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Die Kammern haben das Folgende angenommen und Wir sanktionieren es:

**Artikel 1** - Vorliegendes Gesetz regelt eine in Artikel 78 der Verfassung erwähnte Angelegenheit.

**Art. 2** - In das Gesetz vom 29. Oktober 1846 über die Organisation des Rechnungshofes, abgeändert durch die Gesetze vom 4. Juni 1921, 20. Juli 1921, 13. Juli 1930, 23. März 1951, 5. Januar 1971, 17. Juni 1971, 7. Dezember 1972, 27. April 1978, 5. August 1992, 3. April 1995, 10. März 1998 und 22. Mai 2003, wird ein Artikel *20bis* mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«Art. *20bis* - Die ausführlichen Haushaltsvorschläge und Kontenabschlüsse des Rechnungshofes, für die ein Haushalts- und Kontenschema verwendet wird, das mit dem vergleichbar ist, das von der Abgeordnetenkommission verwendet wird, werden zu ihrer Billigung an die Abgeordnete Kammer übermittelt, die außerdem die Durchführung des Haushaltsplans kontrolliert. Der Gesamtbetrag der im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel wird als Dotation in den allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan des Staates eingetragen.»

**Art. 3** - Artikel 17 des Gesetzes vom 22. März 1995 zur Einführung föderaler Ombudsmänner wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Art. 17 - Die Ombudsmänner legen eine Geschäftsordnung fest.

Diese Geschäftsordnung wird von der Abgeordnetenkommission gebilligt.

Die Abgeordnete Kammer kann, nachdem sie die Stellungnahme der Ombudsmänner eingeholt hat, die Geschäftsordnung abändern. Wird eine Stellungnahme bis sechzig Tage nach ihrer Beantragung nicht abgegeben, ist davon auszugehen, dass sie günstig ist.»

**Art. 4** - In Artikel 18 desselben Gesetzes wird der erste Satz durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Unbeschadet der Befugnis der Abgeordnetenkommission, mit Unterstützung des Rechnungshofes die ausführlichen Haushaltsvorschläge der föderalen Ombudsmänner zu prüfen, ihren Haushaltsplan zu billigen und dessen Durchführung zu kontrollieren sowie die ausführlichen Kontenabschlüsse zu prüfen und zu billigen, werden die in diesen Haushaltsplänen vorgesehenen Mittel als Dotation in den allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan des Staates eingetragen.

Für ihre Haushaltspläne und Kontenabschlüsse verwenden die föderalen Ombudsmänner ein Haushalts- und Kontenschema, das mit dem vergleichbar ist, das von der Abgeordnetenkommission verwendet wird.»

**Art. 5** - Artikel 19 desselben Gesetzes wird durch einen Absatz 3 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«Die Abgeordnete Kammer kann dieses Personalstatut und diesen Stellenplan, nachdem sie die Stellungnahme der föderalen Ombudsmänner eingeholt hat, abändern. Von der Stellungnahme ist anzunehmen, dass sie günstig ist, wenn sie bis sechzig Tage nach ihrer Beantragung nicht erfolgt ist.»

**Art. 6** - Artikel 38 des Gesetzes vom 25. Ventöse des Jahres XI welches eine Organisierung des Notariats enthält, aufgehoben durch das Gesetz vom 16. April 1927 und wieder aufgenommen durch das Gesetz vom 4. Mai 1999, wird wie folgt abgeändert:

a) In § 11 werden die Wörter «und die Anwesenheitsgelder der Mitglieder» gestrichen und wird im französischen Text das Wort «déterminés» durch das Wort «déterminées» ersetzt.

b) Der Artikel wird durch einen Paragraphen 12 mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«§ 12 - Um die Arbeitsweise der Ernennungskommissionen zu finanzieren, wird eine Dotation in den allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan des Staates eingetragen. Mit Unterstützung des Rechnungshofes prüft die Abgeordnete Kammer die ausführlichen Haushaltsvorschläge der Ernennungskommissionen, billigt und kontrolliert sie die Durchführung ihres Haushaltsplans und prüft und billigt sie außerdem die ausführlichen Kontenabschlüsse.

Für ihre Haushaltspläne und Kontenabschlüsse verwenden die Ernennungskommissionen ein Haushalts- und Kontenschema, das mit dem vergleichbar ist, das von der Abgeordnetenkommission verwendet wird.»

**Art. 7** - Artikel 34 Absatz 1 des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten wird durch folgenden Absatz ersetzt:

«Unbeschadet der Befugnis der Abgeordnetenkommission, den ausführlichen Haushaltsplan des Ausschusses für den Schutz des Privatlebens zu prüfen, ihn zu billigen und dessen Durchführung zu kontrollieren sowie die ausführlichen Kontenabschlüsse zu prüfen und zu billigen, werden die in diesem Haushaltsplan vorgesehenen Mittel als Dotation in den allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan des Staates eingetragen.»

**Art. 8** - Artikel 14 der durch Königlichen Erlass vom 17. Juli 1991 koordinierten Gesetze über die Staatsbuchführung wird durch einen neuen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«Für Einrichtungen, die durch ein in Artikel 78 der Verfassung erwähntes Gesetz geregelt werden, wird der erste Satz von Absatz 1, was die Dotationen betrifft, nicht im allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan angewandt.»

**Art. 9** - Artikel 51 des Gesetzes vom 22. Mai 2003 zur Organisation des Haushaltsplans und der Buchführung des Föderalstaates wird durch einen neuen Absatz mit folgendem Wortlaut ergänzt:

«Für Einrichtungen, die durch ein in Artikel 78 der Verfassung erwähntes Gesetz geregelt werden, wird der erste Satz von Absatz 1, was die Dotationen betrifft, nicht im allgemeinen Ausgabenhaushaltsplan angewandt.»

Wir fertigen das vorliegende Gesetz aus und ordnen an, dass es mit dem Staatssiegel versehen und durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Gegeben zu Neapel, den 23. Mai 2007

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Ministerin des Haushalts  
Frau F. VAN DEN BOSSCHE

Mit dem Staatssiegel versehen:

Die Ministerin der Justiz  
Frau L. ONKELINX

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2008 — 1621

[C - 2008/00391]

**31 AUGUSTUS 2005. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten. — Duitse vertaling**

De hierna volgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 31 augustus 2005 tot wijziging van het koninklijk besluit van 30 maart 2001 tot regeling van de rechtspositie van het personeel van de politiediensten (*Belgisch Staatsblad* van 3 november 2005).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmédy.

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2008 — 1621

[C - 2008/00391]

**31 AOÛT 2005. — Arrêté royal portant modification de l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police. — Traduction allemande**

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 31 août 2005 portant modification de l'arrêté royal du 30 mars 2001 portant la position juridique du personnel des services de police (*Moniteur belge* du 3 novembre 2005).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmédy.

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2008 — 1621

[C - 2008/00391]

**31. AUGUST 2005 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 31. August 2005 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

#### FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST JUSTIZ UND FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

**31. AUGUST 2005 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste**

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 7. Dezember 1998 zur Organisation eines auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienstes, insbesondere des Artikels 121, so wie er durch das Gesetz vom 26. April 2002 ersetzt worden ist;

Aufgrund des Gesetzes vom 14. Dezember 2000 zur Festlegung bestimmter Aspekte der Arbeitszeitgestaltung im öffentlichen Sektor;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 30. März 2001 zur Festlegung der Rechtsstellung des Personals der Polizeidienste, insbesondere der Artikel VI.I.3 § 2 Absatz 2, VI.I.4, VI.I.5 Absatz 2, VI.I.6 Absatz 2 und 3, VI.I.7, VI.I.10 § 2, VI.I.13 Absatz 2, VIII.I.1 Nr. 2 und VIII.III.3;

Aufgrund der Protokolle Nr. 119 und 125/4 des Verhandlungsausschusses für die Polizeidienste vom 28. Januar 2004 beziehungsweise 3. Juni 2004;

Aufgrund der Stellungnahme des Bürgermeisterbeirates vom 4. Februar 2004;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 10. Februar 2004 und vom 27. April 2004;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Haushalts vom 4. August 2004;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Ministers des Öffentlichen Dienstes vom 20. April 2004;

Aufgrund der Gutachten 38.071/2 und 38.318/2 des Staatsrates vom 16. Februar 2005 beziehungsweise 9. Mai 2005, abgegeben in Anwendung des Artikels 84 § 1 Absatz 1 Nr. 1 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;